



Schwerpunktthema: Kinder, Jugend und Soziales

IN DIESER AUSGABE

Neues Schulgesetz
 Kindergartengesetz
 Bolzplätze
 Offener Ganzttag

TERMINE

Ausschusssitzungen
 Betriebsausschuss:
 23.08.2006 (18:30 Uhr)
 Bau- und Planung:
 22.08.2006 (18:30 Uhr)
 Haupt- und Finanz:
 06.09.2006 (18:30 Uhr)
 Ratssitzung
 20.09.2006 (18:30 Uhr)

Pünktlich zum Schuljahresbeginn widmet sich dieser Standpunkt hauptsächlich Themen, die klassischerweise in den Ausschuss für Schule, Kultur und Soziales (kurz SKS) gehören.

Das hat einen Grund: Seit der Kommunalwahl vor zwei Jahren haben lediglich drei Sitzungen des SKS stattgefunden. Haben auch Sie da mehr erwartet?



Wiederholte Einwände und Beschwerden der BVK gegen dieses mangelnde Engagement der Lokalpolitik wurden knapp und kurz abgetan: Es seien

nicht ausreichend Tagesordnungspunkte für eine Sitzung des SKS vorhanden bzw. die Gemeinde sei für die meisten Themen nicht zuständig. Konsequenterweise wurde dann z. B. der eingeforderte Dialog mit anschließendem Wettbewerb von potentiellen Kooperationspartnern für die offene Ganztagschule (OGS) und ein Vergleich von Betreuungskonzepten vor einer Entscheidung für die Durchführung der OGS in Nieukerk unterbunden und einfach ein Anbieter bestimmt.

Wir sind der Meinung, dass auch alle anderen Themen wie z. B. die Frage der Bolzplätze, überhaupt die Angebote für Jugendliche und Kinder in Kerken diskutiert werden müssen. Die Kommunalpolitik hat sich fortlaufend und unabhängig von Zuständigkeiten die Frage zu stellen, was zu verbessern ist. Es gibt Kommunen in denen sich die Politik aktiv beteiligt und z. B. in die Gestaltung der Schul- und Kinderbetreuungs politik einbringt. Warum zum Thema Kinder- und Jugendarbeit ein Blick über den Tellerrand gewagt werden muss, wollen wir in dieser Ausgabe

aufzeigen. Aktuelle Gesetzesinitiativen haben Auswirkungen auch auf Kerken. Im Schul- und bei den Kindertagesstättenbereich sind erhebliche Veränderungen absehbar. Träger der Einrichtungen und Eltern werden sich auf veränderte Rahmenbedingungen für die Kinderbetreuung einstellen müssen. Wir sind der Meinung, dass eine aktive Kommunalpolitik koordinierend und unterstützend tätig werden muss, um das optimale Betreuungsangebot für Eltern und deren Kinder zu erreichen und Einrichtungen mit deren Arbeitsplätze zu sichern. Und ein solches Vorgehen ist kein Selbstzweck. Fragen von Zuständigkeiten sind zweitrangig. Unsere Gesellschaft verändert sich. Auf sinkende Geburtenzahlen, die Alterung unserer Gesellschaft und eine steigende Zahl allein erziehender Eltern sollte Kerken frühzeitig mit bedarfsgerechten Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern reagieren. Vor dem Hintergrund steigender Kosten für Pendler, knapper Arbeitsplätze und geringerer Förderungen für Bauherren wird sich Kerken nicht weiter auf einen Automatismus nach dem Motto "junge Familien ziehen dahin, wo es billiges



Bauland gibt" verlassen können. Kerken sollte sich zügig Gedanken machen, wie man dem gesellschaftlichen

Wandel begegnen will, wenn man auch für junge Bürgerinnen und Bürger attraktiv bleiben will!

Ein eigener aktiver Kerkener Weg wäre ja mal was Neues, aber mit Neuen Wegen tut man sich hier schwer.

Über den Tellerrand Erhebliche Änderungen für Schulen und Kindertagesstätten

Aufgrund aktueller Initiativen auf Bundes- und Landesebene sind erhebliche Änderungen in den Bereichen Schule und Kinderbetreuung zu erwarten. Wir versuchen einen Überblick über die aktuellen Überlegungen und Entwicklungen mit Auswirkungen auf Bürger, Verwaltung und Demographie in Kerken zu schaffen.

1. Allgemeine Rahmenbedingungen

Die Kürzung der Pendlerpauschale führt ab 2007 nicht nur zu einer höheren Einkommensteuer, sondern unter Umständen auch zu einer Höherstufung bei der Berechnung der Elternbeiträge für die

Kindergartenbetreuung. Für Bahnfahrer wird der Weg zum Arbeitsplatz wegen gekürzter Bundeszuschüsse schwieriger. Entweder steigen die Preise oder es vergrößern sich die Fahrtintervalle.

Die Mehrwertsteuer erhöht sich ab 2007 um 3 %. Sie trifft insbesondere Familien, die in der Regel gezwungen sind, ihr Einkommen zu "verbrauchen" und damit umsatzsteuer zu zahlen.

Seit dem Wegfall der Eigenheimzulage sinken für Familien ab 2006 die Chancen für den Bau oder den Erwerb eines Eigenheims in Kerken. Das hat Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung in Kerken und sollte uns beschäftigen..

Baumsterben auf der Hochstraße

Schon einige Jahre beschäftigt das Baumsterben die Anwohner der Hochstraße in Aldekerk. Auch in diesem Jahr sind wieder 6 Bäume dem Abholzen preisgegeben. Der Grund für das Absterben ist aber nicht die Bewässerung. Wurde das von der Verwaltung nicht erkannt bzw. wurden rechtzeitig Maßnahmen ergriffen?



An den Veredlungsstellen hat die Rinde keine durchgehende Verbindung mehr und kann deshalb keine Flüssigkeit in die Krone transportieren.

Volksinitiativen gescheitert

Beide Volksinitiativen gegen die Kürzungen im Landeshaushalt 2006 im Kinder- und Jugendbereich waren nicht von Erfolg gekrönt. Der Landtag lehnte die erneute Befassung mit dem Thema ab. Auch sehr viele Kerkenener Bürgerinnen und Bürger haben sich mit ihren Unterschriften gegen Kürzungen in diesem Bereich gewehrt. Die BVK unterstützt jegliches basisdemokratisches Engagement und hat kein Verständnis für diese Entscheidung!

2. Änderung des Schulgesetzes NRW

Ab dem Schuljahr 2006/2007 gilt das neue Schulgesetz mit folgenden Eckpunkten:

Sprachstand: Kinder werden zwei Jahre vor der Einschulung auf ihr altersgemäßes Sprachvermögen zunächst im Kindergarten und später in der Grundschule getestet.

Einschulung: Das Einschulungsalter wird durch schrittweise Verschiebung des Einschulungstichtages vom 30.06. auf den 31.12. vorgezogen. Es werden auch Kinder eingeschult, die erst in der zweiten Jahreshälfte sechs Jahre alt werden

Englischunterricht: Ab dem 2. Schulhalbjahr der ersten Klasse wird in den Grundschulen Englisch unterrichtet.

Freie Schulwahl: Die Schulbezirke für die Grundschulen werden aufgehoben. Es besteht die freie Schulwahl für Grundschüler und für Berufsschulen.



Ziffernoten: Ab dem Versetzungszeugnis der dritten Klasse erhalten Schüler demnächst wieder in Zahlen ausgedrückte Noten.

Grundschulverbund: Kleine Grundschulen können sich zu Grundschulverbänden zusammenschließen.

Kopfnoten: Für Arbeits- und Sozialverhalten werden in den Zeugnissen Noten vergeben.

Sitzenbleiben: Das Schulgesetz legt fest, dass die Versetzung der Regelfall ist. Das Sitzenbleiben wird zwar nicht abgeschafft, aber die Schulen müssen Konzepte entwickeln, um Ehrenrunden zu vermeiden.

Aufwertung Schulempfehlung: Das Schulamt kann gegen den Wunsch der Eltern die weiterführende Schulform für einen Schüler bestimmen, wenn das Kind nach einem vorgeschalteten Prüfverfahren nicht die Eignung für die von den Eltern gewünschte Schulform erhält.

Durchlässigkeit: Die Klassenkonferenz prüft, ob den Eltern von Kindern der Aufstieg ihrer Kinder an eine höhere Schule empfohlen werden soll.

Disziplinarrechte: Dauerhaftes Schwänzen kann ab dem 14. Lebensjahr von der Schulaufsicht mit einem Bußgeld bestraft werden. Kinder können leichter in Parallelklassen geschickt werden oder vom Unterricht ausgeschlossen werden.

Gymnasien: Mit der Reform der gymnasialen Oberstufe kann das Abitur bereits nach 12 Jahren abgelegt werden. Keine Verkürzung wird es für Seiteneinsteiger und an Gesamtschulen geben.

Einheitliche Prüfungen: In allen Schulformen in der Klasse zehn sollen zentrale Prüfungen in den Fächern Deutsch, Mathematik und in einer Fremdsprache durchgeführt werden.

Eigenverantwortliche Schulen: Mit dem Ziel einer selbständigen und eigenverantwortlichen Schule können finanzielle, dienstrechtliche und personalrechtliche Befugnisse auf die Schule übertragen werden. Ein Modell für Kerken?

Schulleiterwahl: Die Schulkonferenz und ein Vertreter

der Kommune wählen den Schulleiter für fünf Jahre. Erst mit der dritten Amtszeit gilt die Wahl des Schulleiters auf Dauer.

Stimmverteilung Schulkonferenz: Zukünftig haben Lehrer 50 % der Stimmen, Eltern und Schüler jeweils 25%. Bei einem Unentschieden entscheidet der Schulleiter.

Individuelle Förderung: Den Bedürfnissen von Schülern mit Behinderungen, Entwicklungsverzögerungen oder besonders begabter Schüler muss die Schule gerecht werden.

Qualitätsüberprüfung: Qualitätsteams überprüfen alle Schulen und sollen Zielvereinbarungen mit der Schulaufsicht durchführen.

Schulkleidung: Die Schulkonferenz kann eine einheitliche Schulkleidung empfehlen. Schülervvertretungen haben aber ein Vetorecht.

Verkürzung der Schulzeit: Eine vorzeitige Beendigung der Vollzeitschulpflicht bei Eintritt in ein Berufsausbildungsverhältnis wird möglich.

Finanzverteilung zwischen Land und Kommune: Unklar ist, ob zusätzliche Aufgaben, die durch das Gesetz entstehen, finanziell vollständig gedeckt werden

(Konnexitätsprinzip). Zusätzliche Kosten könnten z. B. entstehen für Sprachkurse, Gleichstellung von ALG II und Sozialhilfe-



empfängern, zusätzliches Personal, Aufwand für Dienst- und Personalaufsicht und die Organisation. Bisher musste zusätzliches pädagogisches und therapeutisches Personal (nicht Lehrer) von der Kommune bezahlt werden.

Also auch im Schulbereich kommen große Änderungen auf Kerken zu. Es wird Zeit, dass sich auch die Kommunalpolitik mit diesen Themen beschäftigt. Den Fragen der ausgeweiteten Schulträgerschaft und Aufgaben muss sich Kerken stellen! Über mögliche Veränderungen bei der Schülerverteilung zwischen den Grundschulen in Aldekerk und Nieuwerk muss wegen der Aufhebung der Schulbezirke nachgedacht werden.

3. Überlegungen zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK)

Das Land NRW plant die Novellierung des GTK zum Schul-/Kindergartenjahr 2008. Folgende Ideen werden zur Zeit diskutiert:

Familienzentren: Kindertagesstätten sollen in einem Pilotversuch zu Familienzentren (Modelle Lotse, Galerie und Unter einem Dach) werden. Angebote und Nachfragen werden gebündelt, koordiniert und zusammen gebracht. Andere Kommunen arbeiten hier aktiv an der Ausgestaltung. Und in Kerken?



Elementarausbildung: Förderung der Sprachkenntnisse in den Kindertagesstätten noch vor der Einschulung.

Vernetzung und Kooperation: Die Kooperation

zwischen Kindertagesstätten und Grundschulen soll intensiviert werden. Als Servicestelle und Träger der Grundschule ist die Gemeinde Kerken hier gefragt.

Bedarfsgerechte und flexible Angebotsstruktur: Betreuungsplätze sollen nur noch für gebuchte Zeiten bezahlt werden. In die Koordination von Angeboten könnte sich die Gemeinde unterstützend einbringen um das Angebot zuzusichern.

Einheitliche, transparente und flexiblen Finanzstruktur: Umstellung der Gruppenförderung (Finanzierung je eingerichteter Gruppe) auf eine Pro-Kind-Finanzierung. Eltern buchen bestimmte

Betreuungszeiten und nur diese werden den Kindertagesstätten vergütet. Die geltenden Gruppenstandards sollen weitestgehend aufgehoben werden (Gruppenstärke, Kinderzahlen, Anteil von Erzieherinnen). Für die Einrichtungen besteht das Risiko, dass nicht gebuchte Zeiten auch nicht finanziert werden. Eltern können Geld sparen wenn sie ihre Kinder nicht in die Tagesstätte schicken. Das könnte zu einem falschen Anreiz führen. Der Wettbewerb der Einrichtungen um jede gebuchte Stunde könnte zum Angebot von Masse statt Klasse führen. Was ist das Beste für Kerken?

Verhandlung Rahmenbedingungen: Träger der Kindertagesstätten sollen mit der Kommune (für Kerken das Kreisjugendamt Kleve) die Rahmenbedingungen aushandeln (z. B. Höhe der Elternbeiträge). Das Land zieht sich zurück. Ob unterschiedliche Leistungsstandards (Ausstattung, Preise und Qualität) zwischen Kreis- und Stadtjugendamts-Gemeinden (z. B. Geldern und Kerken) zu Pendelbetrieb zwischen den Kommunen führen oder ob es zu einer politisch motivierten Förderung kommt, bleibt abzuwarten.

Finanzierung Trägeranteile für Kindertagesstätten: Die Unterscheidung zwischen sog. „armen“ und „reichen Trägern“ soll aufgehoben werden. Mit der Angleichung der Trägeranteile werden Kindertagesstätten in freier Trägerschaft (i.d.R. Elterninitiativen) bis zu 12 % weniger Finanzmittel erhalten. Das Angebot von Kindertagesstätten wird sich dann auf die wenigen großen Verbände beschränken, die nun eine bessere Finanzausstattung (geplante Erhöhung 8%) als bisher erhalten sollen. Die Angebotsvielfalt ist in Gefahr. Kerken hat zur Zeit zwei Kindertagesstätten, die als Elterninitiative organisiert sind! Ist das kein Thema?

Kinder unter drei Jahren: Erhöhung des Anteils in

den Kindergärten. Dies dient sicherlich auch dem Kapazitätsausgleich für wegbrechende Kinderzahlen aufgrund der früheren Einschulung. Das Angebot ist in Kerken, wie in ganz NRW eher gering.

Elternbeitragsdefizitausgleich: Ab dem 01.06.06 müssen die Abweichungen von geplanten und tatsächlich eingenommenen Elternbeiträgen von den kommunalen Jugendämtern getragen werden, die diese Kosten nun an die Eltern weitergeben könnten (aktuelle Beträge siehe Tabelle). Im Kreis Kleve hätte es zu einer Erhöhung um bis zu 11 % bei den Elternbeiträgen kommen. Auch der Wegfall der

Bisherige Elternbeiträge für Kindergartenplätze

Einkommen	Kindergarten	Tagesstätte	Unter 3jährige	Hort
bis 12.271	0	0	0	0
bis 24.542	26,80	15,85	68,00	26,08
bis 36.813	44,48	26,08	141,12	57,78
bis 49.084	73,11	41,93	208,61	83,85
bis 61.355	115,04	62,89	276,61	115,04

Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder stand zur Diskussion (einige Kommunen haben bereits entsprechende Regelung beschlossen). Im Juli hat das Kreisjugendamt aber davon Abstand genommen. Sicherlich werden diese Beträge nun aber die Kreisumlage für Kerken an den Kreis erhöhen.

Wie geht Kerken damit um?

Hortförderung: Ab 2008 sollen Horte vorwiegend in Regionen mit problematischen Sozialstrukturen unterhalten werden. Wie sind die Auswirkungen auf den Hort in Kerken?

Neben Geburtenrückgang und der Alterung unserer Gesellschaft ändern sich die Gesetze für Schulen und Kindergärten. Mittlerweile wird schon öffentlich über Einsparmöglichkeiten aufgrund geringerer Kinderzahlen in den Einrichtungen spekuliert, statt über die Verbesserung der Qualität nachzudenken.

Für Kerken ist es eine große Aufgabe, dafür zu sorgen, dass es für junge Familien attraktiv bleibt, wenn man nicht zum Speckgürtel für Rentner werden will. Um so einem Trend begegnen zu können müssen aber rechtzeitig die entsprechenden Rahmenbedingungen geschaffen werden. In dieser Frage ist es fast unverantwortlich sich hinter Zuständigkeitsfragen zu verstecken. Auch manch konservatives Familienbild muss auf den Realitätsbezug überprüft werden. Auch über eine aktive Förderung des Vereinswesens und des ehrenamtlichen Engagements sollte als bedeutender Standortfaktor für junge Familien nachgedacht werden. Es gibt also doch genug zu tun für die Kommunalpolitik.

Schülerzahlen Kerken

	2004	2003	2002	2001	2000	1999
1. Schuljahr	160	148	144	155	146	157
2. Schuljahr	146	145	159	145	143	186
3. Schuljahr	150	161	145	146	191	165
4. Schuljahr	159	140	146	192	162	164
5. Schuljahr	44	46	65	59	48	48
6. Schuljahr	48	70	68	53	49	47
7. Schuljahr	73	68	64	56	50	46
8. Schuljahr	73	64	56	56	53	54
9. Schuljahr	68	59	56	52	49	49
10. Schuljahr	50	50	49	45	47	49
Insgesamt	971	951	952	975	954	965

Quelle: lds.nrw.de

Kindergärten- und Kindertagesstätten



"Rumpelstilzchen" - Nieukerk



"Raphael" - Nieukerk



"Johannes" - Nieukerk



"Drachenschur" - Nieukerk



"Spatzennest" - Aldekerk



"Marien" - Aldekerk



"Klatschmohn" - Stenden

Schmuddelecke an der Hochstraße



Bürgersteig Hochstraße

Die BVK fragt sich, warum das Teilstück des Bürgersteiges am östlichen Ortseingang der Hochstraße nicht im Rahmen der Gesamtmaßnahme direkt mit plattiert und für den Bürger begehbar gemacht wurde?

Die zusätzlichen Kosten würden heute bei ca. 5000 Euro liegen. Sie hätten halbiert werden können, wenn man diese Baumaßnahme direkt durchgeführt hätte.

Fast in jeder Sitzung wurde die Verwaltung darauf angesprochen. Antwort: Dieses Grundstück ist nicht Eigentum der Gemeinde! Wir sind da anderer Meinung: Der Bürgersteig ist schon Eigentum der

Gemeinde und sie ist deshalb dafür verantwortlich dass die Gehfläche unfallfrei benutzt werden kann. Ob es hier zeitnah zur Bebauung kommt, steht in den Sternen. Der Eigentümer wurde schon mehrfach angeschrieben dafür zu sorgen, dass der Bürgersteig von Unkraut und Bewuchs freigehalten werden muss, scheinbar ohne Erfolg. Hier ist heute ein Ablageplatz für Müll, Hundekot und Unrat, muss es so sein?

Die Neugestaltung der Ortseinfahrt wurde zu einer Aufwertung für den Ort und für die Gemeinde, diese sollte doch für die Besucher und Anlieger an der Schmuddelecke nicht wieder aufgehoben sein.

"Demokratie ist Diskussion" - Wer macht mit?

Spruch des Monats:

Demokratie ist
Diskussion.

Thomas Garrigue Masaryk

Aufgrund der Ankündigung der Schließung des Bolzplatzes am Schlehdornweg und die Verlegung des Bolzplatzes an der Goethestraße meldeten sich entrüstete Bürger und forderten Aktionen, um dies zu verhindern.

Mit Zeitungsannoncen und Wurfsendungen lud die BVK zur öffentlichen Diskussion über Bolzplätze, Schüler-, Kinder- und Jugendpolitik ein. Die Fraktionsmitglieder der BVK hatten sich vorbereitet und freuten sich auf eine angeregte Diskussion.

Als einziger Gast, bei dem wir uns recht herzlich für die gute Diskussion bedanken, kam ein von der Schließung am Schlehdornweg betroffener und fußballbegeisterter Jugendlicher. Wo waren die entrüsteten Eltern, die über Demonstrationen, Flugzettel und Unterschriftenaktionen nachgedacht hatten?

Auch die übrigen Themen aus dem Bereich Jugend, Schule und Soziales, die wir in unserer Einladung zur Diskussion gestellt hatten zogen nur einen Gast hinter dem Ofen hervor. Warum?

Folgendes ist denkbar:

1. Schlechte Terminwahl - unwahrscheinlich, die WM hatte noch nicht begonnen und auch der Blick in die Fernsehzeitung machte keine Konkurrenz offenkundig.

2. Im Bereich Jugend, Schule und Soziales (Bolzplätze, Kindergärten, Schulen, Spielplätze usw.) ist in Kerken nichts verbesserungswürdig - stimmt aber nicht mit den Rückmeldungen der Bürgerinnen und Bürger uns gegenüber überein.

3. Berührungängste mit der BVK - möglich, aber dann müßten die Infoveranstaltungen der übrigen Parteien ja regelmäßig überlaufen sein. Davon ist uns nichts bekannt.

4. Bequemlichkeit?

Kann es denn die vierte Möglichkeit sein? Bürgerbeteiligung, Mitbestimmung und Transparenz durch Information haben wir uns auf die Fahnen geschrieben. Wollen die Bürger beteiligt werden oder nur Informationen konsumieren oder aktiv eingreifen und sich beteiligen?

Demokratie ist eigentlich die aktive Beteiligung am Geschehen. Sind wir uns so sicher, dass wir immer andere gewähren lassen und uns nicht mehr einbringen wollen?

Wenn Sie etwas erreichen wollen müssen Sie sich

dafür einsetzen (Beispiel Bolzplatz). Erste Anzeichen für ein Überdenken der Entscheidung waren auch bei einigen Befürwortern der Schließung bereits erkennbar, aber man muss auch am Ball bleiben und zeigen, dass einem das Thema wichtig ist.

Setzen Sie sich für Ihre Belange ein. Demokratie ist nichts automatisches. Nutzen Sie die Institutionen und bleiben Sie nicht nur Konsument. Denn jeder bekommt die Politik, die er gewählt hat oder an der er sich beteiligt. Nur meckern reicht nicht. Es sind nicht immer nur die anderen Schuld.

Ärgernis Bolzplätze?



Bolzplatz am Schlehdornweg

Der Bedarf an Bolzplätzen in Kerken ist da, das haben die Reaktionen der Eltern und Kinder auf die angekündigte Umwandlung des Bolzplatzes am Schlehdornweg zu einem Spielplatz gezeigt, doch die Rechtslage ist schwierig. Aber warum schaffen wir es nicht, einen für alle Betroffenen tragbaren Kompromiss zu finden?

Dazu ist eben mehr erforderlich als eine schnelle einsame Entscheidung von zuständigen Gremien. Wenn sich Kerken darüber klar wird, wie der Bedarf aussieht, sich eine Meinung bildet, welches Angebot man schaffen möchte, kann auch ein einheitlicher und für alle gangbarer Weg gefunden werden.

Wichtig erscheint uns nur, dass man alle Beteiligten gemeinsam ins Boot holt, um diese Fragen zu klären. Engagierte Bürger sind da ebenso gefordert wie die Verwaltung und die Kommunalpolitik.

"Standpunkt"

Jahrgang 5
Ausgabe 10
Auflage: 5000 Stück

Herausgeber:

Bürgervereinigung
Kerken e. V.
www.bvk-kerken.de
V.i.S.d.P.:
Theodor Bergers,
Hochstraße 10,
47647 Kerken

Im Internet:

